Thüringer Landtag
6. Wahlperiode

Drucksache 6/4828
07.12.2017

M ü n d l i c h e A n f r a g e

der Abgeordneten Rosin (CDU)

Radiologische fachärztliche Unterversorgung in der kreisfreien Stadt Suhl

In der Stadt Suhl gibt es zurzeit einen radiologischen Facharztsitz, der in der Poliklinik des gemeinnützigen Klinikums angesiedelt ist, wodurch es zum Teil zu langen Warte- und Wegzeiten für Patienten für einen Facharztbesuch kommt. Da die von der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen festgestellte Überversorgung des Plangebiets (12 Radiologen für 450.000 Einwohner im Gebiet Eisenach bis Sonneberg) die Realität in Suhl nicht widerspiegelt, ist durch verschiedene Verbände, den Stadtrat und den Oberbürgermeister die radiologisch fachärztliche Unterversorgung bereits mehrfach an die Kassenärztliche Vereinigung Thüringen und die Landespolitik herangetragen worden.
Auf Antrag der Poliklinik hatte der Zulassungsausschuss der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen als Fachgremium den ambulanten radiologischen Sonderbedarf erkannt und mit Beschluss vom 8. August 2017 und Bescheid vom 14. September 2017 die Anstellung eines weiteren Radiologen in der Poliklinik des örtlichen Klinikums im Umfang von 32 Wochenstunden genehmigt, woraufhin die Poliklinik des Suhler Klinikums tätig werden und einen zweiten Radiologen binden konnte, der ambulant für sie arbeiten würde.
Der Vorstand der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen hat den Beschluss des eigenen Zulassungsausschusses mit Schreiben vom 21. September 2017 zurückgenommen und damit eine gleichbleibend schlechte Versorgung gebilligt sowie dem Klinikum seine Entscheidung bis zum 6. Dezember 2017 nicht begründet.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Möglichkeiten haben die Ministerin und das Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, auf den Vorstand der Kassenärztlichen Vereinigung im geschilderten Fall einzuwirken, um somit auch ihre Aufsichtsfunktion über die Kassenärztliche Vereinigung Thüringen zur positiven Klärung in dieser Angelegenheit wahrzunehmen?

2. Erkennen die Ministerin und das Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie eine fachärztliche Unterversorgung in der kreisfreien Stadt Suhl vor allem mit Blick auf Radiologen?

3. Was werden die Ministerin und das Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie dazu beitragen, die schwere Unterversorgung mit ambulant tätigen Radiologen in der kreisfreien Stadt Suhl zeitnah zu lösen?

Druck: Thüringer Landtag, 8. Dezember 2017

4. Auf welche Weise können die Ministerin und das Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie die örtliche Poliklinik dabei unterstützen, dem bereits gebundenen Facharzt die ambulante Tätigkeit zu ermöglichen?

Rosin